

# „Also in Leipzig der Hitlergruß!“



**Stadtgeschichte in der NS-Zeit**  
Eine Ausstellung von Schülern des  
BIP Kreativitätsgymnasiums Leipzig



# Eine Ausstellung von Schülern des BIP Kreativitätsgymnasiums Leipzig

Ein Zeitungsaufruf vom Juli 1933, nicht hinter anderen Städten zurückzustehen und endlich auch in Leipzig allgemein den Hitlergruß zu zeigen, steht als Motto über dieser Ausstellung. Neben dem „deutschen Gruß“ waren auch die wehenden Hakenkreuzfahnen vor dem Theater oder die Benennung einer Hauptstraße nach dem „Führer“ sichtbare Zeichen dafür, wie sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Januar 1933 das Gesicht der sozialdemokratisch und liberal geprägten Wissenschafts- und Kulturstadt wandelte.

Natürlich griffen die Veränderungen bald tiefer, zerstörten lange gewachsene gesellschaftliche Strukturen und vergifteten das Alltagsleben vieler Bürger.

Leipzig gehörte in den 1930er Jahren wegen seiner Größe, seiner Wirtschaftskraft und seines wissenschaftlichen sowie kulturellen Potenzials zu den wichtigsten Städten des deutschen Reiches. Nach der Rezession der Weltwirtschaftskrise profitierte es bald von Rüstungsaufträgen; schon 1934 gingen beispielsweise in der Allgemeinen Transportanlagen Gesellschaft Bombenflugzeuge serienmäßig in Produktion. Auch zahlreiche geschickt inszenierte Großveranstaltungen, Besuche der NS-Prominenz, begeisterte Pressestimmen sowie die Erhebung zur „Reichsmessestadt“ 1938 verdeckten die dunkle Seite der nationalsozialistischen Stadtgeschichte, wie sie sich aus dem zeitgenössischen Schriftgut rekonstruieren lässt.



**Demonstration der KPD auf dem Alten Meßplatz,  
Januar 1933**

Auch die kommunistische Partei wehrte sich in Leipzig lange gegen die Machtübernahme der Nationalsozialisten, bevor sie massiv verfolgt wurde.

Stadtarchiv Leipzig, BA 1988/27596, Aufnahme: Fritz Schneider

Schüler einer neunten Klasse des BIP Kreativitätsgymnasiums Leipzig begaben sich im Rahmen ihres Geschichtsunterrichts in den Akten des Stadtarchivs auf Spurensuche. Sie stellten sich dem mühsamen Prozess des Einlesens in Dokumente fern des Schulbuchs, der ungewohnten Behördensprache und der langwierigen Suche nach relevanten Informationen.

Schnell wurde sichtbar, wie sich die nationalsozialistische Herrschaft in den Verwaltungsabläufen niederschlug, wie sich Begrifflichkeiten und Maßstäbe veränderten.

In sieben Kapiteln widmet sich die Ausstellung einzelnen Facetten der Lebenswirklichkeit in Leipzig während des Dritten Reiches. Sie wirft Schlaglichter auf die Vereinnahmung der Lokalpresse, auf die Wirksamkeit rassenideologischer Maximen, den kleinlichen Judenhass in Teilen der Bevölkerung sowie die Beeinflussung von Jugend und Familie und zeigt schließlich, dass sich den Auswirkungen der alliierten Bombenangriffe niemand entziehen konnte.

## ◆ **Der Machtaufbau Hitlers im Spiegel der Tagespresse**

Lisa Weber und Tim Retzlaff

## ◆ **Judenboykott und Reichspogromnacht – Leipziger Zeitungen mischen sich ein**

Katharina Sophie Apel und Laura Michelle Hinze

## ◆ **Städtische Judenpolitik**

Johann Leopold Kühne und Roderich Wagner

## ◆ **Familie und Kinderbeihilfe in Leipzig**

Marie Handke und Franziska Werner

## ◆ **Zu schwach für Leipzig? Der Umgang mit „Erbkranken“**

Hai Quynh Hoa Nguyen und Anna Rieger

## ◆ **Einflussnahme auf die Jugend – Das Landjahr**

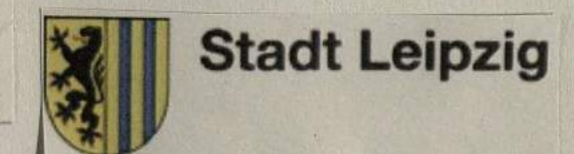
Richard Lehmann und Luca Steitz

## ◆ **Leipzig und die Luftangriffe von 1943/44**

Maximilian Mayer und Caine Justin Eschberger

Wir danken Frau Dr. Berger und den Mitarbeitern des Stadtarchivs Leipzig für die fruchtbare Zusammenarbeit.

Betreuung der Ausstellungskonzeption: Annegret Dudek (Texte), Steffen Wachter (Layout)



**BIP** Kreativitätsgymnasium  
Leipzig



# Der Machtusbau Hitlers im Spiegel der Tagespresse

„Ich sehe in der Einrichtung des neuen Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda insofern eine revolutionäre Regierungstat, als die neue Regierung nicht mehr die Absicht hat, das Volk sich selbst zu überlassen.“  
Rede von Joseph Goebbels, 15. März 1933

Die Meinungs- und Pressefreiheit sind wohl zwei der wichtigsten Grundlagen eines demokratischen Landes. Jedoch schränkte die NSDAP diese Rechte seit ihrer Machtübernahme 1933 stark ein. Die Presse wurde in den Dienst des NS-Staates gestellt und propagandistisch genutzt, um dessen Ziele in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Die Leipziger Tageszeitung (LTZ) war dafür ein gutes Beispiel, da sie eine nationalsozialistische Zeitung war. Die Leipziger Neuesten Nachrichten (LNN) dagegen wurden dagegen immer stärker zensiert, blieben aber eine Zeitung des Bürgertums.



**Grundsteinlegung des Richard-Wagner-Denkmal, 6.3.1934**  
Der Ehrengast Adolf Hitler versenkt mit einem Hammerschlag die Urkunde. Nicht nur durch die Presse, auch mit Hilfe von öffentlichkeitswirksamen Aktionen versuchten die Nationalsozialisten, Einfluss auf die Bürger Leipzigs zu nehmen.  
Quelle: Stadtarchiv Leipzig, BA 2001/41173

## Feldzug gegen die Kommunisten

Da Leipzig sehr kommunistisch und sozialdemokratisch geprägt war, gab es anfangs heftige Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Am 31. Januar 1933 streikten beispielsweise 100 Demonstranten der kommunistischen Partei in Taucha (bei Leipzig) gegen ein Demonstrationsverbot. Darauf folgen in der Leipziger Presse immer öfter Artikel mit Überschriften wie „Kampfansage an den Kommunismus“ oder „Angriff gegen den Marxismus“. Unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers wurde am 8. Februar 1933 das Franz-Mehring-Haus, ehemaliger Sitz der KPD, von den Nationalsozialisten durchsucht. Zeitgleich erschien in den LNN ein Artikel, der das Kommen Hitlers zur Wagner-Gedenkfeier ankündigte, bei der er auch am 13. Februar 1933 anwesend war. Bei dieser wurde des 50. Todestages von Richard Wagner gedacht, was die Nationalsozialisten zu einer gigantischen Selbstinszenierung nutzen. Währenddessen verstärkten Schlagzeilen die Propaganda gegen die Kommunisten. Sie war ein Bestandteil vieler Maßnahmen gegen die KPD; im März 1933 erfolgte eine große Verhaftungswelle, die oftmals Folter nach sich zog. Nicht umsonst kündigten die LNN eine „Ausrottung mit Stumpf und Stiel“ an. Die LNN brachten am 30. März einen verharmlosenden Bericht über die Schutzhaftlager, Titel: „Wir sind niemals misshandelt worden - Im Konzentrationslager der Schutzhäftlinge“. Eine weitere Benachrichtigung brachte, dass bereits am 17. März 1933 städtische Einrichtungen wie Turnhallen, Sportplätze, Badeanstalten und Jugendheime marxistischen Organisationen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.



In Ergänzung der amtlichen Meldung über die Ernennung des Reichskabinetts enthält unsere Berliner Zeitschriftung noch folgende Mitteilungen:

Nach einer eingehenden Besprechung, die am frühen Morgen stattfand, wurden die übrigen neuen Mitglieder des Kabinetts von Reichspräsidenten zu den Verlesungen eingeladen. Der Reichspräsident hat die Mitglieder des Kabinetts in der Besprechung mit dem Reichspräsidenten Dr. Brüder, dem Generalsekretär von Blomberg, Hans Götze und Geheimrat Jägerberg. Nach Abhaltung dieser Besprechung wurde dann amtlich die einmütige Wahlentscheidung mitgeteilt.

**Das Kabinett Hitler soll parlamentarisch regieren**

Die neue Reichsregierung wurde in unmittelbarem Anschluß an die vorgelegene Ernennung vereidigt.

Im maßgebenden Maße legt man Wert auf die Öffentlichkeit, die bei der Ernennung der Regierung, die am 31. Januar 1933 ein neues deutsches parlamentarisches Kabinett zu bilden. Darum besteht es auch darin, daß Hitler Verhandlungen mit dem Zentrum und der christlichen Volkspartei einleiten wird. Seltlich Zentrum und christliche Volkspartei werden und auch die eine Zersplitterungspolitik nicht zu haben sind, die die Stellung des Reichspräsidenten stärken. In diesem Fall werden auch, wie man sich auf das Bestimmteste rühmt, Verhandlungen innerhalb der verfassungsmäßig vorgeordneten Frist von 60 Tagen stattfinden.

**Alles hängt vom Zentrum ab**

In dem Kreis des neuen Reichskabinetts regnet man nicht damit, daß das Zentrum die Politik der Reichsregierung allein untersteht, obwohl der Willen des Reichspräsidenten offenbar im Hinblick auf die verschiedenen Parteien mit Zentrum und christlicher Volkspartei noch offenhalten werden. Es gilt hingegen als wahrscheinlich, daß das Zentrum dem Reichskabinett Hitler zunächst eine „Chance“ zu geben bereit ist. Auch in früheren Kabinettsbildungen am 23. Januar 1933 hat das Zentrum vor allem damit, daß man bereits seit geraumer Zeit auf die aktive Mitarbeit der Nationalsozialisten in die Staatsverantwortung Wert gelegt habe. Außerdem will das Zentrum offenbar ebenfalls auch alles vermeiden, was die Gefahr neuer Ver-

fassungsrechtlicher Konflikte heranzuführen könnte. Hierfür die Billigung der neuen Regierung mit dem Zentrum berechnen sie an anderer Stelle.

**Und die Preußenfrage?**

In den Kreisen des neuen Kabinetts verweilt man im übrigen daran, daß die Preußenfrage bisher noch keine endgültige Entscheidung erfahren hat und daß man hofft, mit dem Zentrum hierüber in einem Einvernehmen gelangen zu können. So ist vor allem Dr. Brüder im Kreise der preußischen Staatsminister, den bisher Dr. Brüder inne hat, und nicht wieder von Neuem werden.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Diese inneren Schwierigkeiten aber treten im Augenblick noch zurück vor den äußeren Schwierigkeiten, deren das Kabinett überwinden muß, wenn es als das Kabinett des erhofften Aufbaues und nicht von vornherein als Kabinettskabinett ins Leben treten will. Die nächste Sorge des Kabinetts wird sein müssen, sich mit dem Reichstag anlehnender Parteien zu verständigen. Die Garbinger Front vertritt im Reichstag eine starke Minorität von Stimmen. Sie kann zur tagungsfähigen Mehrheit nur werden durch Zutritt des Zentrums. Und diese Mehrheit wird erreicht werden müssen, nachdem maßgebende Mitglieder des neuen Kabinetts, wie Hitler, Brüder, Goring, die autoritäre Staatsführung — so wie die Papen und auch ihre Anhänger versuchten — feindschaftlich bekämpft haben.

**Mitglieder des neuen Reichskabinetts**



v. Papen Reichskommissar für Preußen



Dr. Brüder Reichsminister für Reichswirtschaft und Reichsfinanzangelegenheiten



Brüder Reichsminister



Generalleutnant v. Blomberg Reichswehrminister

**Titelblatt der LNN vom 31. Januar 1933**

An diesem Tag begann die LNN in nationalsozialistischem Stil zu schreiben. Immer mehr kontrollierte die NSDAP die Presse.

Quelle: Stadtarchiv Leipzig

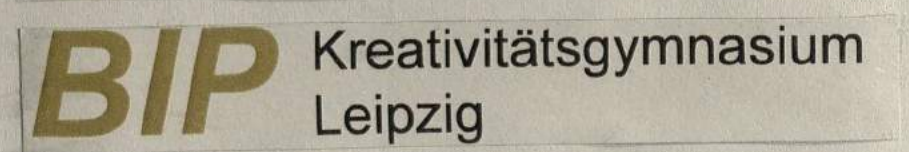
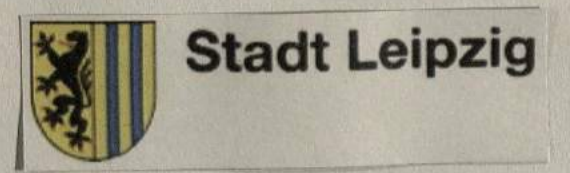
**Kultur, Juden und Justiz**

Die Leipziger Zeitungen spiegeln auch den nationalistischen Eingriff in Kultur und Bildung; so wurde am 16. März ein Gewandhauskonzert abgesagt, da die Musiker nicht mehr vom „nicht-arischen“ Bruno Walter dirigiert werden durften. Am 23. März wurde der kommunistische Leiter des sächsischen Volksbildungsministeriums Prof. Kessler beurlaubt, da er „scharfe Angriffe gegen Träger der nationalen Bewegung“ gerichtet hatte, wie die LNZ berichtet. Am 8. und 9. April fand dann die Reichstagung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes in Leipzig statt, auf der das deutsche Erziehungswesen auf eine neue Grundlage gestellt werden sollte. Die vier neuen Erziehungsparolen „Rasse, Wehrhaftigkeit, Persönlichkeit und Religiosität“ wurden vom Kulturminister Hans Schemm propagiert. Eine alle gemeinsame deutsche Staatsschule sollte aufgebaut werden (NLZ vom 10. April 1933). „Die Juristen schwören am Dienstag, den 3. Oktober dem Kanzler die Treue“, titelt die NLZ am 4. Oktober, womit selbst die Justiz das NS-Regime offiziell unterstütze. Dass sie Juden auf eine andere Stufe als Deutsche gestellt werden, wird beispielsweise in einem Artikel der NLZ deutlich: „[...] dass von Juden der deutsche Gruß nicht nur nicht verlangt wird da er ein Gruß der Deutschen ist sondern auch nicht einmal erwünscht ist. Die Bevölkerung wird daher ersucht, Juden, die den Deutschen Gruß nicht anwenden, unbehelligt zu lassen.“ Dass Propaganda und Gleichschaltung funktionierten, sollte bald deutlich werden: bei den Reichstagswahlen am 12. November stimmten (im Gegensatz zum März mit 36,6%) ganze 85% der Leipziger Wähler für Adolf Hitler und seine Politik. Einen großen Teil dazu hat sicher auch die Leipziger Tagespresse beigetragen.



**Portrait Adolf Hitlers auf dem Augustusplatz anlässlich seines 50. Geburtstags**

Zunehmend wurde die Stadt nationalsozialistisch geprägt. Quelle: Stadtarchiv Leipzig, BA 1988/26946, Aufnahme: Alfred Gruber





# Judenboykott 1933: Die Leipziger Tageszeitungen rufen auf ...

„Die Juden sind unser Unglück!“ oder „Deutsche! Wehrt euch!“ sind nur einige Beispiele für die Aufrufe der NSDAP auf Plakaten, die auch in Leipzig zur Zeit des Judenboykotts am 1. April an den Geschäften hingen. Der Boykott welcher von der NSDAP bzw. von den zuvor gegründeten Aktionskomitees durchgeführt wurde, beinhaltete u.a., jüdische Geschäfte zu schließen und jüdische Angestellte zu entlassen. Die NSDAP nutzte vor allem die Presse um, am 30. März 1933 Anweisungen an das Volk zu geben, so z.B., dass jüdische Geschäfte gemieden werden sollten. Auch in der Leipziger Tageszeitung (LTZ) wurde eine Ankündigung für den Boykott gemacht, welcher um 10 Uhr des 1. April beginnen sollte. Anlass für diese Ausartung der Anhänger der NSDAP gegenüber den Juden soll angeblich, wie es in der LTZ hieß, eine „Greuelhetze“ gegen die Deutschen im Ausland gewesen sein. Weiter heißt es, dass Intrigen gesponnen wurden. Zu den „Lügen des Juden“ zählte die LTZ Nachrichten, wie Juden in Deutschland gefoltert und getötet wurden seien. Von ausgebrannten Augen, abgehackten Händen und Vergewaltigungen wurde weiterhin berichtet. Diese „Unverschämtheit“ sollte von den Deutschen jedoch nicht einfach hingegenommen werden. So zum Beispiel ein Zitat aus den Leipziger Neusten

Nachrichten (LNN): „Die Boykott- und Greuelhetze darf und wird das deutsche Volk nicht treffen, sondern in tausendfacher Schwere die Juden selbst.“ Die LTZ drohte mit einer Weiterführung des Boykotts, wenn die Hetze im Ausland nicht aufhöre. Anstatt diesen jedoch stärker weiterzuführen, stoppten sie die Aktion am Abend des ersten April 1933. Trotzdem hatte der Boykott als erste staatlich gesteuerte Initiative gegen die Juden eine große Bedeutung für die Umsetzung der antisemitischen Ideologie. Die Zeitungen verbargen die tragischen Einzelschicksale, nicht nur auf jüdischer Seite. So wurden in einigen Städten Bürger, die in ein jüdisches Geschäft gingen, fotografiert und darauf hin in der Zeitung veröffentlicht. Damit versuchten sie, vereinzelt Widerstand in der Bevölkerung im Keim zu erstickern. Kurz gesagt, um sich an der „Greuelhetze“ im Ausland zu rächen, machten Nationalsozialisten sie wahr!

Titelseite der LTZ zur Zeit des Judenboykotts, 29. März 1933  
Die Leipziger Tageszeitung rief gezielt zum Boykott auf, mit Datum und Uhrzeit.  
Quelle: D LTZ 2.1.1933-31.3.1933



**Aufruf zum Judenboykott vor dem Kaufhaus Joske, 1. April 1933**  
Den Menschen, die trotz gegenteiliger Aufforderung der NSDAP in jüdischen Geschäften einkaufen, wurde angedroht, sie zu fotografieren und in den Zeitungen abzubilden.  
Quelle: Manfred Unger/Hilbert Lang: Juden in Leipzig, Leipzig 1958.

Veranstalt Leipzig
Abgesehen 10 Pf.  
Ansonsten 15 Pf.

# Leipziger Tageszeitung

**für nationalsozialistische Politik, Kultur und Wirtschaft**

Herausgeber: **Walter Dönike M.d.L.**

---

**Ne. 75 - Mittwoch, 29. März 1933** | **Veranstaltung** für Leipzig am 1. April 1933

# Wir warnen die Juden!

---

## Nationalsozialistische Boykottbewegung gegen alle Juden angedroht!

### Der Maastrichter Anterförschup im braunschweigischen Stadthelm Die katholische Kirche erkennt die NSDAP an

### Unfere Geduld ist zu Ende!

Die NSD. tritt für eine solche Aktion ein. Sie ist bereit, sich für die Juden zu einsetzen. Die Juden sind unsere Feinde. Sie müssen uns verlassen. Wir werden sie nicht dulden. Sie sind unser Schand. Sie sind unser Schand. Sie sind unser Schand.

**Damit ist jetzt Schluss!**

Die NSD. ist bereit, sich für die Juden einzusetzen. Sie sind unsere Feinde. Sie müssen uns verlassen. Wir werden sie nicht dulden. Sie sind unser Schand. Sie sind unser Schand. Sie sind unser Schand.

Die NSD. tritt für eine solche Aktion ein. Sie ist bereit, sich für die Juden zu einsetzen. Die Juden sind unsere Feinde. Sie müssen uns verlassen. Wir werden sie nicht dulden. Sie sind unser Schand. Sie sind unser Schand. Sie sind unser Schand.

Die NSD. tritt für eine solche Aktion ein. Sie ist bereit, sich für die Juden zu einsetzen. Die Juden sind unsere Feinde. Sie müssen uns verlassen. Wir werden sie nicht dulden. Sie sind unser Schand. Sie sind unser Schand. Sie sind unser Schand.

### Nationalsozialisten!

Wir warnen die Juden! Wir warnen die Juden! Wir warnen die Juden! Wir warnen die Juden! Wir warnen die Juden!

**Samstag, um 10 Uhr, wird das Judentum wissen, wenn es den Kampf angefangen hat!**

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Deutschland



# Reichspogromnacht 1938: Leipziger Tages zeitungen vertuschen



Es war eine der dunkelsten Nächte der Geschichte. Doch gleichzeitig war sie eine der hellsten. Jüdische Wohnungen, Geschäfte, Büros und Synagogen im gesamten Deutschen Reich brannten lichterloh. Überall lagen Scherben von eingeworfenen Scheiben, funkelnd wie Kristalle. Daher kommt auch der verharmlosende Name „Kristallnacht“, der die Nacht vom 9. zum 10. November 1938 bezeichnet.

Doch warum musste der nationalsozialistische Judenhass auch in Leipzig damals so eskalieren? Laut den Tageszeitungen dieser Zeit war ein Attentat gegen den Legationssekretär vom Rath am 7. November der Auslöser. Es war von einem polnischen Juden verübt worden, der seine Glaubensgenossen rächen wollte. In der LTZ wurde dies als „neues Blutopfer der internationalen Hetze“ bezeichnet. Um die wahren Gründe für die Reichspogromnacht zu vertuschen, verbreiteten die Zeitungen, dass sie nicht angestiftet, sondern ein reiner Ausbruch des aufgetauten „Volkszornes“ gegen die Juden sei. Viele Juden verloren so ihr Dach über dem Kopf, ihre Arbeit, ihre Glaubensstätte, ... anders gesagt, ihre ganze Existenz. Manche mussten sogar ihr Leben lassen oder wurden ins Konzentrationslager verschleppt. Allein in Leipzig traf dieses Schicksal etwa 400 Juden. Hier waren unter anderem die Synagogen an der Gottschedstraße und in Apels Garten, die Bücherei der Israelitischen Religionsgemeinde sowie die Kapelle des israelitischen Friedhofs zerstört worden. In einer Synagoge, so berichtet die LTZ, wurden angeblich Parteiabzeichen, mehrere braune SA-Hosen und Munition gefunden. Dadurch sahen die Nationalsozialisten ihre Vermutungen bezüglich des verbrecherischen Handelns der Juden als bewiesen an. Die Entscheidungen nach der Reichspogromnacht

verschärften das Unrecht gegenüber den Juden noch weiter. So hieß es in einem Brief vom sächsischen Minister des Innern Hammitzsch an die Oberbürgermeister in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Zittau und Annaberg: „Die (...) in Brand geratenen Synagogen gefährden die öffentliche Sicherheit, verschandeln die unmittelbare Umgebung (...) und erregen öffentliches Ärgernis.“ Deswegen schrieb Hammitzsch in dem Brief, dass die Eigentümer, das heißt die jüdische Gemeinde, die Ruinen in vier Tagen zu beseitigen hätten. Zusätzlich ordnete er an, dass eine Baugenehmigung zur Wiedererrichtung der Synagogen an gleicher Stelle ausgeschlossen sei. Also verloren die Juden nicht nur ihre Existenz, sondern wurden auch noch gezwungen, die Überreste davon in kurzer Zeit wegzuräumen.


Es stellt sich die Frage, warum die Berichterstattung über die Reichspogromnacht in den Leipziger Tageszeitungen so schleppend begann. Vermutlich wurde zunächst noch auf die staatsreue Auslegung der Ereignisse gewartet. Genau in diesem Sinne lauteten dann die Schlagzeilen der LTZ, wie „Judenfrage wird gesetzlich gelöst“ am 11. November oder „Die Wirtschaft von Juden gesäubert. Eine Milliarde Buße für den Mord.“ am 13. November. Damit war die Reichspogromnacht gleichzeitig vorläufiger Höhepunkt der Judenverfolgung und Ausgangspunkt der staatlich organisierten Vernichtung.



Löscharbeiten an der Synagoge Zentralstraße/Gottschedstraße, 1938

Die Löscharbeiten fanden nur statt, um die umliegenden Häuser zu schützen, nicht um die Synagoge selbst zu retten.

Quelle: Stadtarchiv Leipzig, BA 1978/6352

 Stadt Leipzig

**BIP** Kreativitätsgymnasium  
Leipzig



# Städtische Judenpolitik: Die Umsetzung der NS-Ideologie in Leipzig

Im August 1937 verfasste ein Leipziger Ingenieur einen Beschwerdebrief an den Oberbürgermeister. Er beklagte sich darüber, dass die Juden bei schönem Wetter oft auf den Bänken im Rosental saßen und diese so von der „reinrassigen“ deutschen Bevölkerung nicht genutzt werden konnten. Seiner Meinung nach war dies eine Zumutung, welche umgehend gestoppt werden müsse. Daraufhin entstand ein Schriftwechsel zwischen verschiedenen Ämtern und Personen, der sich über mehrere Jahre erstreckte. Dadurch kamen unterschiedlichste Vorschläge zur Lösung des Problems zustande, wie besonders gekennzeichnete Bänke oder ein generelles Verbot für Juden im Rosental. Solche Beschwerden und Vorfälle waren zur Zeit der Nationalsozialisten in Deutschland keine Seltenheit, so auch nicht in der Reichsmessestadt Leipzig.

31

erner Reinhold i./Fa.  
**HEODOR VOGELER**  
 LEIPZIG C 1  
 GEGRONDET 1850

LEIPZIG C 1, den 10. September 1937.

POSTFACH 110  
 TELEGRAMME: THEODOR VOGELER  
 FERNSPRECHER 533 88  
 POSTSHECK-KONTO LEIPZIG 904 17

An den  
 Herrn Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

R/Re

**Betr. Gartenverwaltung**

Für zahlreiche Leipziger erholungssuchende Einwohner ist das Rosental die ideale Stätte der Ausspannung und Erholung. Nicht allein wegen seiner Schönheit, seiner sauberen Wege und seines herrlichen Baumbestandes, sondern besonders auch wegen seiner bevorzugten Lage im Herzen der Stadt. Gerade deshalb werden diese Anlagen besonders gern von solchen Volksgenossen aufgesucht, denen es aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, sich weit von ihrem Wohnort zu entfernen. Dem aufmerksamen Beobachter wird es nicht entgehen, dass das Rosental sehr viel von älteren Leuten und Müttern mit Säuglingen und Kindern aufgesucht wird. Diese sind es, die während eines Spazierganges gern die in erfreulich grosser Zahl aufgestellten Bänke zum Ausruhen benutzen . . . oder richtiger gesagt, bemützen möchten. Leider ist es nämlich so, dass die nach einem Platze suchenden Volksgenossen meist vergeblich herumlaufen müssen, weil gerade im Rosental die jüdische Bevölkerung die für die Bemützung der Allgemeinheit vorhandenen Bänke in Erbpacht zu haben scheinen.

Hauptsächlich in den späten Nachmittagsstunden, ganz besonders stark aber an den zahlreichen jüdischen Feiertagen, sind die Sitzgelegenheiten entweder vollständig von Juden in Beschlag genommen, oder sie sind es zum Teil. Man kann es aber wirklich keinem Volksgenossen verübeln, wenn er Hemmungen hat, sich auf eine Bank zu setzen, auf der bereits Juden sitzen, um sich das Gemäusel des „ausgewählten Volkes“ anzuhören.

Ich habe in letzter Zeit wiederholt gelesen, zuletzt berichtete der „Angriff“ darüber, dass andere deutsche Städte dazu übergegangen sind, dass in den städtischen Anlagen eine Anzahl Bänke der jüdischen Bevölkerung zur Bemützung überlassen wird, während die übrigen mit einem Vermerk, wie z.B. „für Juden verboten“ versehen wurden. Wenn angenommen im Rosental 10% der Bänke zur Bemützung für die Juden erlaubt blieben, so wäre das meines Wissens weit mehr, als der jüdische Anteil an der Gesamtzahl der Einwohner der Stadt Leipzig ausmacht und ich glaube, auf Grund meiner Beobachtungen sagen zu können, dass durch entsprechende Massnahmen von einer grossen Zahl der das Rosental besuchenden Volksgenossen/genommen würde, dass das Rosental in erster Linie für Leipzigs Juden da ist, der einarick

Heil Hitler  
 Hermann Vogeler

3. SEP 1937  
 und Gartenamt

1. SEP 1937  
 Stadtverwaltungsamt

Kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 begann auch in Leipzig eine extreme Benachteiligung der jüdischen Bevölkerung in der Gesellschaft. Beginnend mit dem Judenboykott im April dieses Jahres verschärfte sich die kritische Situation für die Juden in Deutschland in den folgenden Jahren enorm. Diese Entwicklung lässt sich auch in Leipzig beobachten. Auch hier begann die Ausgrenzung der Juden mit einem Boykott. Dieser wirkte sich zunächst durch die Vermeidung, Beschmierung und Zerstörung jüdischer Geschäfte aus. So war zum Beispiel ein großes jüdisches Kaufhaus, die heutigen Höfe am Brühl, auch als „Blehbüchse“ bekannt, betroffen.

In der Folgezeit wurde die Gesellschaft mithilfe verschiedener Verwaltungsmaßnahmen, z.B. durch das Amt für Rassenkunde und Erbgesundheitspflege in Leipzig, immer weiter in „Arier und Nichtarier“ aufgespalten. Unter anderem wurden Listen mit nichtzugelassenen, „nichtarischen“ Ärzten, Professoren, Anwälten, und Juden anderer Berufsgruppen erstellt. Auch im öffentlichen Leben bekam die jüdische Bevölkerung ihre untergeordnete Stellung zu spüren. So hat man ihnen ab dem Jahr 1935 in Leipzig den Zugang zu den meisten Hallen- und Freibädern, Bibliotheken, öffentlichen Plätzen und anderen Einrichtungen verwehrt.

Es wurden immer häufiger Anträge zum Verbot von Juden im öffentlichen Raum gestellt, so zum Beispiel auch durch das damalige Leipziger Stadtarchiv. Des Weiteren beklagten sich immer mehr Privatpersonen über die jüdische Bevölkerung; unter anderem verfasste ein Bürger einen Beschwerdebrief über Juden im „Germaniabad“. An solchen und anderen Briefen, wie der Beschwerde über die Juden im Rosental, wird deutlich, dass die antisemitische NS-Ideologie schon in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet war.

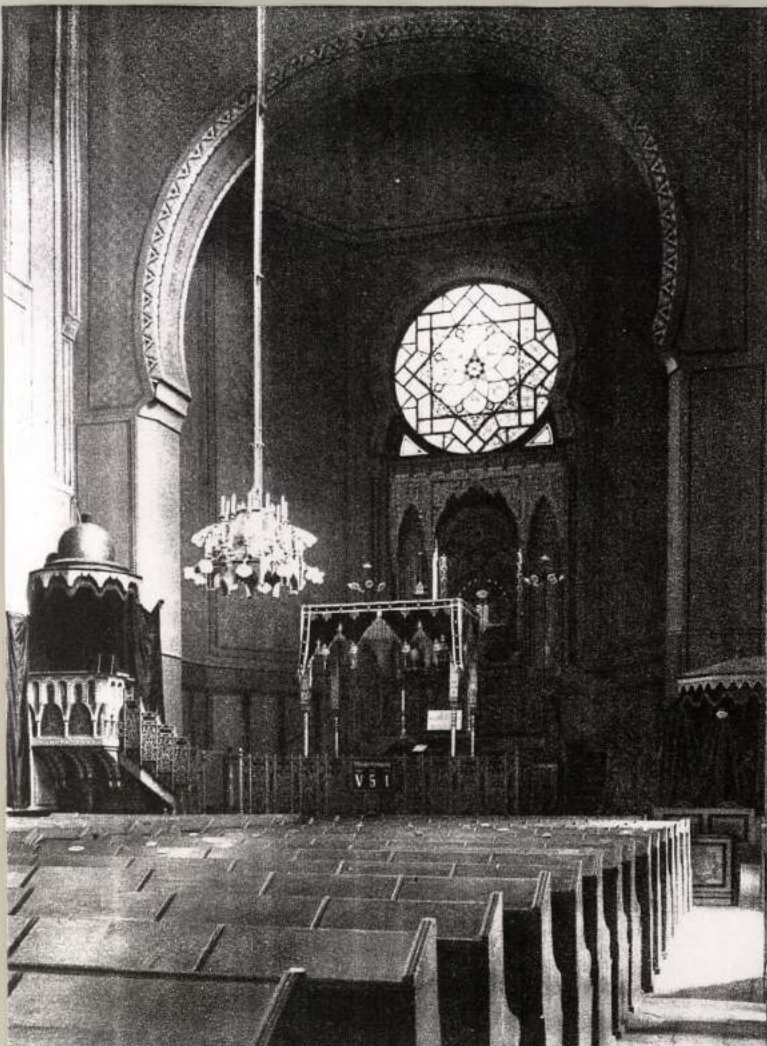
In den folgenden Jahren ging es den Juden in Leipzig immer schlechter. Sie mussten bei städtischen Pflichteinsätzen immer schwerer arbeiten – schlecht bezahlt und meist ohne Schutzkleidung.

## Beschwerde über Juden im Rosental

Dieser Brief zeigt, wie vorrauseilender Gehorsam die städtische Judenpolitik beschleunigte.

Quelle: Stadtarchiv Leipzig, Kapitel 1 Nr. 122





Das anfangs beschriebene Problem mit den Juden auf den Bänken im Rosental ist repräsentativ für den Umgang mit der jüdischen Bevölkerung in Leipzig. Durch eine einzige Beschwerde wurde eine große Diskussion über ein aus heutiger Sicht eher nebensächliches Thema ausgelöst. Heutzutage ist es schwer zu begreifen, wie es dazu kommen konnte, dass ein Teil der Bevölkerung sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft so extrem benachteiligt und verfolgt werden konnte. Es wird deutlich, wie schnell und tiefgreifend sich die Ideologie der Nationalsozialisten innerhalb der Bevölkerung verbreitet hat.

Dazu zählten Arbeiten in der Kanalisation, in der Bau- und Rüstungsindustrie, auf dem Friedhof, Schanzarbeiten und viele andere extrem anstrengende Tätigkeiten. Auch was die Lebensmittelversorgung betraf, wurden die Juden nach und nach immer mehr benachteiligt. Anfangs wurden spezielle Geschäfte nur für Juden eingerichtet. Später, im 2. Weltkrieg, als die Lebensmittel knapp wurden, bekamen sie wesentlich kleinere Rationen als die „arische“ Bevölkerung zugeteilt. Es wurden nicht einmal Schwangere und Kranke, wie beim Rest der Bevölkerung, berücksichtigt.

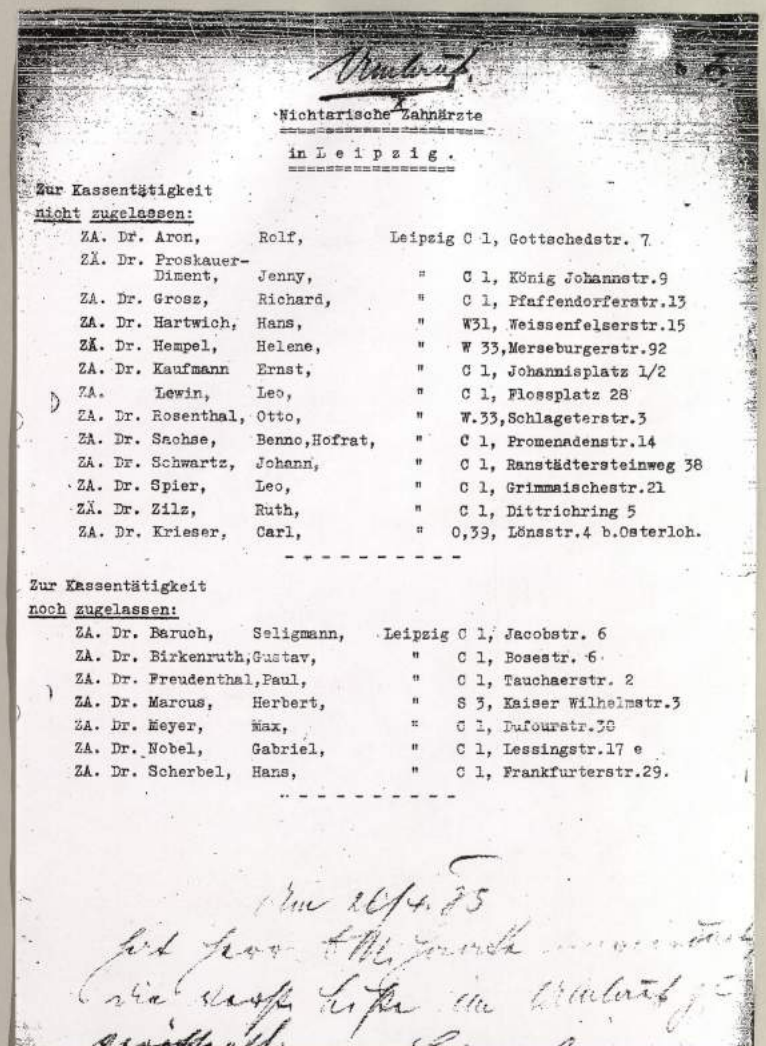
Einen Höhepunkt erreichte die Judenverfolgung in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, der Reichspogromnacht. Gegen Ende des Nationalsozialismus wurden die in Leipzig verbliebenen Juden aus der Stadt in Konzentrationslager verschleppt, wobei die erste große Deportation nach der Reichspogromnacht im Jahre 1942 erfolgte.

Bezeichnend für die Judenpolitik in Leipzig war die regelmäßige Absprache zwischen verschiedenen Ämtern wie der Stadtverwaltung samt Oberbürgermeister, anderen Einrichtungen wie der Polizei und anderen deutschen Städten. In ihren Grundzügen entsprach die Leipziger Judenpolitik auch der, die sonst in Deutschland verbreitet war. Allerdings begann hier die Ausgrenzung der Juden aus dem kulturellen Leben, die auf Reichsebene erst nach der Reichspogromnacht 1938 eingeführt wurde, schon drei Jahre zuvor. Andererseits gab es in der Stadtverwaltung die wohl berechnete Befürchtung, dass die jüdenfeindliche Politik dem Ruf der Stadt als Messestadt schaden könnte.

**Innenaufnahme der Synagoge der Zentralstraße / Gottschedstraße vor der Zerstörung**

Eigene Schulen, Krankenhäuser, Synagogen und andere Einrichtungen zeugten vom reichen jüdischen Leben in Leipzig vor dem Nationalsozialismus.

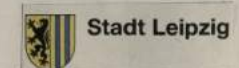
Quelle: Stadtarchiv Leipzig, DA 1991/33893, Aufnahme: Lisa König



**Liste mit nichtarischen Ärzten**

Vielen jüdischen Ärzten wurde 1933 die Kassentätigkeit verweigert, nur wenige waren zunächst noch zugelassen.

Quelle: Stadtarchiv Leipzig, Kapitel 1 Nr. 122



**BIP** Kreativitätsgymnasium  
Leipzig



# Familie und Kinderbeihilfe in Leipzig zur Zeit des Nationalsozialismus



Musterfamilie aus der Zeit des Nationalsozialismus

Wie an der Kleidung zu erkennen ist, war die gesamte Familie in Organisationen der NSDAP integriert.

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-1159 61

Nach der Machtübernahme Hitlers im Jahr 1933 änderte sich das Familienbild sehr. Dabei war das größte Interesse des Staates, die Familie zu fördern und sie durch die Zeugung „erbgesunden“ Nachwuchses sowie die Erziehung in dem Sinne zu beeinflussen, dass treue „Volksgenossen“ aus einer Ehe hervorgehen.

## Das nationalsozialistische Familienbild

Das Idealbild einer Familie in der Zeit des Nationalsozialismus bestand, dass sich eine Mutter um den Haushalt und die Kinder kümmerte, während der Mann das Geld verdiente und Deutschland an der Front verteidigte. Der Heirat sollte möglichst früh erfolgen, wobei Liebe meist als nebensächlich angesehen wurde. Die Hauptaufgabe eines „arischen“ Ehepaares war das Kinderkriegen. Menschen hingegen, die „nichtarischer“ Herkunft waren oder eine Behinderung hatten, wurden verfolgt bzw. sterilisiert, um die „Reinheit der deutschen Rasse“ zu bewahren. *„Kinder zeugen und gebären ist nationale Pflicht, eine Forderung der Bevölkerungspolitik. Auch die Familie wird eingesetzt und muss eingesetzt werden in das Werk der Befreiung des deutschen Volkes.“*

Horst Becker, 1935

## Umgang mit jüdischen Familien

Eine Beziehung zu einem Juden zu unterhalten, galt als Straftat und die Hochzeit eines „Ariers“ mit einem Juden war verboten. 1938 wurden in Leipzig die ersten jüdischen Familien nach der Reichsprogromnacht in Konzentrationslager deportiert.

## Die Kinderbeihilfe

Der Staat belohnte Menschen, die ihrer Bürgerpflicht nachkamen, durch die sogenannte Kinderbeihilfe. Diese betrug ab dem fünften Kind monatlich zehn Reichsmark. Ehepartner mit einem Monatseinkommen

## Voraussetzung zur Gewährung der Kinderbeihilfe

Die Kinderbeihilfe musste in Leipzig beim Finanzamt beantragt werden. Dazu war ein Antragschein auszufüllen, um sicher zu stellen, dass das Kind „arischer“ Herkunft ist. Diese Anforderungen galt gleichermaßen für die Kindesmutter und den Kindesvater.

Einer norwegischen Familie, die nach der NS-Ideologie germanischen Ursprung war, wurde dabei eher Kinderbeihilfe gewährt, als z.B. einer polnischen Familie.

79

Anmeldung  
für die Gewährung von Kinderbeihilfe

I. Angaben über mich und meine Ehefrau

Ich heiße \_\_\_\_\_, bin geboren am \_\_\_\_\_

in \_\_\_\_\_



Der Staat belohnte Menschen, die ihrer Bürgerpflicht nachkamen, durch die sogenannte Kinderbeihilfe. Diese betrug ab dem fünften Kind monatlich zehn Reichsmark. Für Bürger mit einem Monatseinkommen über 185 Reichsmark wurde keine Beihilfe mehr gewährt. Diese Gesetzesregelung spiegelt wider, dass die Unterstützung der Nationalsozialisten insbesondere den Arbeiter- und Bauernfamilien galt. Die Ausgestaltung der Kinderbeihilfe wurde mit den Jahren aber verändert. Ab 1941 wurde sie einkommensabhängig bereits ab dem dritten Kind gewährt. Hatte eine Familie mehr als fünf Kinder, erhielt sie für jedes weitere Kind sogar 20 Reichsmark.

Eine nicht-geborenen Familie, die nicht der 100-Prozent-germanischen Ursprung war, wurde dabei eher Kinderbeihilfe gewährt, als z.B. einer polnischen Familie.

Die Kinderbeihilfe hatte jedoch nicht nur einen wohltätigen Grundgedanken, vielmehr war sie perfides Mittel der Nationalsozialisten, die Bevölkerung mit Hinblick auf ihre Kriegspläne schnell zu vermehren. Eine Familie mit sechs Kindern bekam vor 1941 monatlich 60,-, ab 1941 sogar 90,- Reichsmark, was zu dieser Zeit eine beträchtliche Summe war.

### Ablehnung der Kinderbeihilfe

„Spricht man von einem asozialen Verhalten der Kindesmutter, wenn sie sieben uneheliche Kinder von vier verschiedenen Vätern hat?“

Mit diesen oder ähnlichen Fragen hatte sich auch in Leipzig das Armen-, Fürsorge- und Sozialamt zu befassen, welches in schwierigen Fällen über die Ablehnung des Antrags auf Kinderbeihilfe zu entscheiden hatte.



#### Das Mutterkreuz

Das goldene Mutterkreuz wurde an Mütter vergeben, die acht und mehr Kinder geboren hatten. Es galt als Anreiz zum Kinderkriegen.

Quelle: Internet

#### Anmeldung für Kinderbeihilfe

Dieser Teil der Anmeldung für Kinderbeihilfe spiegelt wieder, wie wichtig die Staatsangehörigkeit der Eltern für die Genehmigung der Kinderbeihilfe war.

Quelle: Stadtarchiv Leipzig, Akte AFSA 2454

#### I. Angaben über mich und meine Ehefrau

Ich heiße \_\_\_\_\_, bin geboren am \_\_\_\_\_  
in \_\_\_\_\_, Kreis \_\_\_\_\_, wohnt in \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_ und über den Beruf als \_\_\_\_\_ aus,  
\_\_\_\_\_.  
Meine Ehefrau \_\_\_\_\_ ist geboren am \_\_\_\_\_  
in \_\_\_\_\_, Kreis \_\_\_\_\_,  
\_\_\_\_\_.  
Ich und meine Ehefrau besitzen die \_\_\_\_\_ Staatsangehörigkeit. — Ich bin  
\_\_\_\_\_ **Volkszugehöriger.** Meine Ehefrau ist \_\_\_\_\_ **Volkszugehörige.** Meine Muttersprache ist  
\_\_\_\_\_, die Muttersprache meiner Ehefrau ist \_\_\_\_\_.  
Mein Wohnort — gewöhnlicher Aufenthalt — befindet sich am 10. Oktober 1940 in \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_ Kreis \_\_\_\_\_ Stadt und Postamt \_\_\_\_\_  
Ich werde beim Finanzamt \_\_\_\_\_ für Einkommensteuer unter Steuernummer \_\_\_\_\_  
nicht — vereinigt.

Finanzamt

in \_\_\_\_\_

„Ist Kinderbeihilfe zu gewähren, wenn der Vater Mischling 2. Grades und die Kinder Mischling 3. Grades sind?“

Diese Beispiele spiegeln wieder, wie die Nationalsozialisten die Menschen in die Kategorien einteilten und wie der eigentliche Wert des Menschen in ihrer ideologischen Amtssprache unterging.

#### Fallbeispiel

A. Schulz stellt beim Finanzamt Leipzig einen Antrag auf Kinderbeihilfe für ihr fünftes Kind. Anfangs sah es aus, als ob dies kein Problem darstellen würde, da sie und ihr Kind die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Allerdings war vom Vater recht wenig bekannt, was die zuständigen Beamten stutzig machte. Und die Bezirksfürsorgerin veranlasste, die Familie aufzusuchen. Schlussendlich stellte sich heraus, dass das Kind dunkelhäutig war. Der Vater war ein afrikanischer Migrant - der Antrag wurde wegen „artfremden Bluteinschlags“ abgelehnt. In anderen Fällen führten „asoziales Verhalten“ oder „erbgesundheitliche Gründe“ zur Verweigerung der Beihilfe.



Stadt Leipzig



Kreativitätsgymnasium  
Leipzig



# Zu schwach für Leipzig?

## Die Sterilisation und Ermordung von Behinderten und unheilbar Kranken

Auf einem Propagandaplakat der NSDAP war Ende der 1930er Jahre zu lesen: „60.000 Reichsmark kostet dieser Erbkranke die Volksgemeinschaft auf Lebenszeit. Volksgenosse, das ist auch dein Geld!“ Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden sogenannte „Erb- und Geisteskranke“ von der Gesellschaft ausgegrenzt und ermordet, da sie nicht der Ideologie entsprachen. Das Ziel war es, eine starke „arische“ Rasse durchzusetzen. Kranke Menschen würden keine gesunden Nachkommen zeugen, deshalb versuchten die Nationalsozialisten mit allen Mitteln, deren Fortpflanzung zu verhindern.

## Erbkranke im dritten Reich – Ein „Defekt“ der deutschen Rasse?

Am 14. Juli 1933 wurde das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses eingeführt. Es trat 1934 in Kraft und beinhaltete die Unfruchtbarmachung von Erbkranken sowie geistig und physisch Behinderten, sofern sie fortpflanzungsfähig waren. Das Gesetz betraf auch Menschen, in deren Familien psychische Krankheiten auftraten. Das wies man nach, indem

Erbgesundheitskarteien für Familien mit Krankheits-hintergrund angelegt wurden. Im eigens erweiterten Gesundheitsamt Leipzig gingen beispielsweise im Jahr 1934 insgesamt 2557 Anzeigen ein, von denen 363 Unfruchtbarmachungen an 152 Männern und 211 Frauen bis Ende 1935 durchgeführt wurden. Das Verfahren verlief so, dass nach einer Anzeige beim Stadtbezirksarzt ein Gutachten erstellt und bei Bestätigung der Behinderung ein Antrag auf Unfruchtbarmachung beim Erbgesundheitsgericht gestellt wurde. Nach dessen Zustimmung wurden die Verurteilten operiert. Um das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses effizient umzusetzen, schickte die Stadt Leipzig beispielsweise Ärzte der psychiatrischen Abteilung aus der Universitätsklinik im Rahmen der sogenannten Schulgesundheitspflege an drei Hilfsschulen, um behinderte Kinder herauszufiltern. Auch die Eheschließungen von Betroffenen wurden erschwert, da sie nur gegen Vorlage eines amtlichen Gesundheitszeugnisses möglich waren. Dabei richtete sich die Verwaltung nach der Erbgesundheitskartei. 1934 wurden in Leipzig nicht weniger als 1400 Antragssteller begutachtet und 117 (5,99%) wegen erblicher Belastung oder erworbener Krankheiten als eheuntauglich eingestuft. Bei einem Verstoß wurde man mit dem Gefängnis bestraft.

- 11 -

162

tigt. Beanstandungen waren –von einigen Ausnahmen abgesehen– nicht suszusprechen.

Im Impfwesen ist es zu der in Aussicht gestellten Änderung des Impfgesetzes, die eine Lockerung des Impfweges bringen sollte, nicht gekommen. Das Impfgesetz, das nunmehr 60 Jahre in Kraft ist, bleibt zunächst auch weiterhin gültig. In Leipzig waren 1934 22 Ärzte und der Vorstand des Hygienischen Instituts als Impfärzte tätig. In den öffentlichen Impfungen sind 7 135 (6615) Erstimpflinge und 10 355 (11953) Wiederimpflinge vorgestellt worden. Zurückgestellt wurden rd. 2 600 Kinder. Die den Impfärzten gewährte Entschädigung blieb unverändert.

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ermöglicht die Unfruchtbarmachung der Erbkranken, sofern sie fortpflanzungsfähig sind. Das Verfahren verläuft in folgenden Abschnitten: Anzeige beim Stadtbezirksarzt, Gutachten, Antrag beim Erbgesundheitsgericht, Beschluß des Gerichts, Operation. Um zahlreiche Quellen von Anzeigen zu erschließen, wurden alle Stellen aufgefordert und unterrichtet, die entweder gesetzlich verpflichtet (Ärzte) oder sonst durch ihre berufliche Tätigkeit in der Lage sind, mutmaßlich Erbkranke zu melden. Es gingen Anzeigen ein: im 1. Vierteljahr 326,



# 60000<sup>RM</sup>

kostet dieser Erbkranke  
die Volksgemeinschaft  
auf Lebenszeit

Volksgenosse  
das ist auch  
Dein Geld

Lesen Sie

# NEUES VOLK

Die Monatshefte des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP



Propagandaplakat der NSDAP Ende der 1930er Jahre  
Die NSDAP wollte mit Propagandaplakaten die Bevölkerung von ihrer Meinung überzeugen. Sie wollten zeigen, dass sogenannte „Erbkranke“ Belastungen für die Bevölkerung waren.  
Quelle: Internet

im 2. 568, im 3. 803, im 4. 867. Insgesamt : 2 557 Anzeigen. Für die Mehrzahl der angezeigten Personen (im 1. Halbjahr 584 von 894 Angezeigten), mußte der Antrag auf Unfruchtbarmachung bei Gericht bearbeitet werden. 167 Kinder wurden für spätere Jahre zurückgestellt und 412 weitere Anzeigen ohne Antrag weggelassen, meist weil sich keine Erbkrankheit nachweisen ließ oder keine Fortpflanzungsgefahr bestand. Es waren also <sup>570</sup> 612 Anzeigen zur Antragstellung nicht geeignet. Dem Erbgesundheitsgericht gingen 1068 Anträge zu, denen bis Jahresende 741 Gerichtsbeschlüsse (716 anordnend) 25 ablehnend) folgten. Von den angeordneten Unfruchtbarmachungen waren bis 31.12.1935 363 (<sup>158</sup> 147 Männer, <sup>201</sup> 201 Frauen) durchgeführt. Die Operationen, die vom Gericht angeordnet waren, wurden zum Teil

#### Gesundheitsbericht 1934

Der Bericht zeigt den genauen Ablauf von der Sterilisation. Ärzte und Mitarbeiter im Gesundheitswesen waren verpflichtet, sogenannte „Erbkranke“ zu melden.

Stadtarchiv Leipzig, GeSA 842

#### Euthanasie als „Gnadenakt“?

In Leipzig war also die Stadtverwaltung der Reichsmessestadt für die Umsetzung des Erbgesundheitsgesetzes eine wichtige Zentrale. Eine besonders unrühmliche Rolle spielten jedoch auch die Heil- und Pflegeanstalt Leipzig-Dösen, in der besonders viele Sterilisationen durchgeführt wurden, sowie die Universitätsklinik Leipzig. Schon vor Beginn der planmäßigen Tötung 1940 („Aktion T4“) wurden Patienten durch eine Überdosierung von Medikamenten ermordet. Mit dem zynischen Begriff der „Euthanasie“ bezeichnete man den Mord an Menschen, deren Leben nach der NS-Ideologie nicht lebenswert war. Euthanasie kommt aus dem griechischen und bedeutet „guter“ oder „schöner“ Tod. Dabei wurden Behinderte und unheilbar Kranke, auch beschimpft als „Defektmenschen“ und „Ballastexistenzen“, ausgegrenzt und ermordet. Hitler bezeichnete diese Verbrechen als „Gnadenakt“ oder „Akt der Erlösung“, da das Leben der Opfer nach der NS-Ideologie als „lebensunwert“ galt. Ein weiterer Grund für die Ausgrenzung der „Erb- und Geisteskranken“ war, dass die „Volksgemeinschaft“ nicht für deren Kosten aufkommen wollte. Ihr Tod bedeutete, wie in der oben bereits erwähnten Propaganda der NSDAP deutlich wird, eine Einsparung für jeden gesunden „Volksgenossen“. Auch vielen Ärzten

ging es bei der Sterilisation der Opfer nur um eine Aufbesserung des Gehaltes mit einer leicht durchführbaren Zusatzaufgabe, trotz ihres hippokratischen Eids. Viele Patienten aus Leipzig-Dösen wurden später zur Tötung in die Euthanasie-Anstalt Pirna-Sonnenstein transportiert. In Leipzig befanden sich zudem zwei spezielle Kinderfachabteilungen. Die Kinder wurden in Spezialkliniken eingewiesen, untersucht und bei Bestätigung einer vorliegenden Krankheit ermordet. Man vermutet, dass in der Zeit von Oktober 1940 bis Februar 1943 allein in der Kinderfachabteilung Dösen 505 Kinder ermordet wurden. Inzwischen weiß man, dass nach der Ermordung der Opfer die Verfolgung weiterging. Ihre Gehirne wurden auch in Leipzig zu Forschungszwecken genutzt.

Die Aktion konnte nicht lange geheim gehalten werden, denn eindeutig falsche Angaben zur Todesursachen und die Häufung der Todesfälle fielen den Angehörigen auf. Aus Rücksicht auf die aufgebrachte und geschockte Bevölkerung ließ Hitler das Programm scheinbar einstellen. Jedoch fielen von 1941 bis 1945 reichsweit etwa 30.000 weitere Menschen der noch im Geheimen agierenden Aktion zum Opfer.

Vor allem Leipzig war ein Zentrum der Euthanasie-Verbrechen, denn die Nationalsozialisten hatten keine Skrupel, zu Morden. Selbst vor Kindern wurde kein Halt gemacht. An die in Leipzig getöteten Kinder wird heute durch das am 6. Mai 2011 im Friedenspark eröffnete Denkmal erinnert. Es soll eine bleibende Mahnung sein, damit solche Euthanasie-Verbrechen nie wieder geschehen.



#### „Weg Lebewohl“ des Kindereuthanasiedenkmals im Friedenspark Leipzig

Erst spät wurde die Erinnerungsstätte an den Massengräbern der ermordeten Kinder eingeweiht.

Quelle: Internet



Stadt Leipzig

**BIP** Kreativitätsgymnasium  
Leipzig



# Einflussnahme auf die Jugend: Das Landjahr

## Konnte das Landjahr überhaupt Einfluss nehmen?

Das Landjahr war eine staatliche Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit (v.a. der Jugendlichen) und wurde 1934 per Gesetz des Reichministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eingeführt. Inhaltlich zeigte es die möglichen Berufe in der Landwirtschaft auf, gleichzeitig enthielt es auch eine Erziehung im nationalsozialistischen Sinne mittels eines Lageraufenthalts. Nach einem Probelauf in Preußen wurde das Landjahr dann auf acht bis neun Monate erweitert und galt ab 1935 schrittweise im gesamten Deutschen Reich. An diesem Projekt konnten Jugendliche im Alter bis 16 Jahren zunächst freiwillig teilnehmen, später war es Teil der Schulpflicht. Eltern hatten kein Mitspracherecht.



Junge mit einer Trompete und Landjahrfahne  
Quelle: Internet

## Merkblatt für Landjahrgpflichtige.

Du hast sicher schon von der Landjahrgpflicht gehört und hast vielleicht schon den Wunsch, selbst das Landjahr zu erleben.

Es muß Dir deshalb daran liegen, die Einberufungsbedingungen kennenzulernen.

Die Teilnahme am Landjahr ist für die einberufenen Jungen und Mädchen im berufsschulpflichtigen Alter Pflicht. Das Höchstalter für die Einberufung ist das 16. Lebensjahr. Voraussetzung für die Verpflichtung ist körperliche und geistige Gesundheit, deutsche Reichsangehörigkeit und deutschblütige Abstammung. Eine Bevorzugung bei der Auswahl zum Landjahr erfahren die Kinder kinderreicher Eltern. Besondere Auswahlkommissionen entscheiden über die Einberufung.

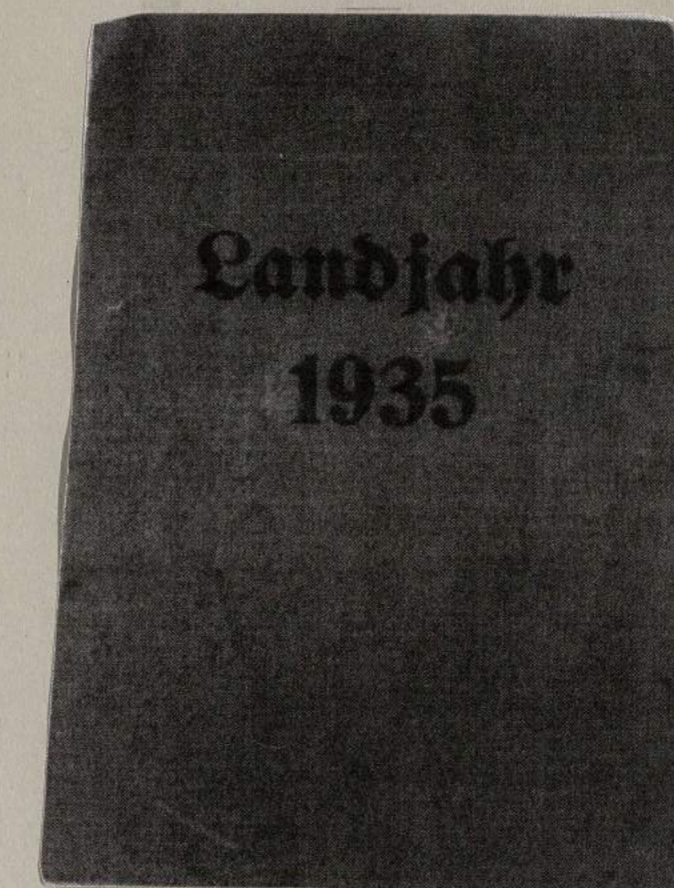
Die Landjahrgpflicht ist für Dich keine Verdienstmöglichkeit. Du erhältst lediglich neben kostenloser Verpflegung, Unterkunft und sonstiger Unterhaltung ein tägliches Taschengeld von 5 Rpf, von dem monatlich 25 Rpf für zusätzliche Schulungsmaßnahmen einbehalten werden. Unkosten für Deine Eltern entstehen während des Lagers in keiner Weise. Nach Ableistung der Landjahrgpflicht - das Landjahr läuft künftig von Mitte April bis 15. Dezember - wird eine Lehrstelle vermittelt. Das Landjahr gibt Dir eine geistige und körperliche Ausrichtung, die für Deinen weiteren Lebensweg grundlegend und entscheidend ist. Das Erleben der Gemeinschaft, die Arbeit auf dem Land gibt Dir besonderes Selbstbewusstsein und Verständnis für den Erhalt und die Förderung deutschen Bauerntums. Du wirst nach den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staates erzogen und damit in mannigfacher Weise gefördert und gefestigt.

An Ausrüstungsgegenständen mußt Du folgendes mitbringen:

- 1 Paar feste Wanderstiefel (Schnürstiefel).
- 1 " Schuhe oder Arbeitsstiefel (als Ersatz)
- 3 " graue Strümpfe (HJ-Strümpfe)
- 2 Unterhemden
- 2 kurze Unterhosen
- 2 Nachthemden
- 1 Sportschutz- (Trainings-)Anzug oder eine Wolljacke zum Unterziehen
- 1 schwarze Turnhose
- 1 schwarze Badehose (Dreieck)
- 1 Paar feste Turnschuhe
- genügend Taschentücher
- Zahnbürste, Wasch-, Putz-, Näh-, Stopf- und Schreibzeug.

Ferner sind, soweit vorhanden, erwünscht:

Tornister bzw. Rucksack, Brotbeutel, Feldflasche, Trinkbecher



Landjahrausweis aus dem Jahr 1935  
Quelle: Internet

## Welche Ziele stellte man sich mit dem Landjahr?

Zu den Zielen des Landjahres gehörte es u.a., der Jugend eine Berufsperspektive in der Landwirtschaft aufzuzeigen.

Grundidee war die nationalsozialistische Blut- und Boden- Ideologie, die die Nahrungsgewinnung in der Landwirtschaft sowie den „Lebensraum“ für die „arische Rasse“ in den Vordergrund stellen sollte. Außerdem waren die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Umerziehung von „in politischer oder gesundheitlicher Hinsicht gefährdeten leistungsfähigen Jugendlichen“. Das Landjahr diente auch der Ausbildung von Gehorsam und Verantwortungsbewusstsein, deshalb mussten Förderungsbedürftige Jugendliche das Landjahr absolvieren.



Landjahrlager Emmershäuser Mühle



## Das sächsische Landjahrgesetz

In Sachsen wurde 1937 das Landjahr eingeführt. Alle Jugendlichen, die eine Volksschule verlassen hatten und einberufen wurden, mussten das Jahr absolvieren. Alle persönlichen Kosten, die beim Landjahr entstanden, übernahm der Staat. Außerdem war festgelegt, dass die Gesundheit der Teilnehmer durch „landwirtschaftliche Arbeit und durch Leibesübungen jeder Art“ gefördert werden sollte. Während des Landjahres ruhte die gesetzliche Berufsschulpflicht. Wer sich seiner Verpflichtung entzog, wurde mit 150 Reichsmark oder Haft bestraft.

## Der Erziehungsplan - ein strenger Tagesablauf für alle Jugendlichen

Im Landjahr wurde vormittags gearbeitet und am Nachmittag „erzogen“. Während der Erntezeit waren sie ganztägig auf den Feldern eingesetzt.

Für die Jungen war eine „vormilitärische Ertüchtigung“ (Leichtathletik, Schwimmen, Boxen,...) vorgesehen, für die Mädchen Gymnastik, Schwimmen, Leichtathletik, Spiel und Tanz. Als praktische „Erziehung und Bildung“ mussten die Jungen Werkarbeiten verrichten, arbeiteten bei den Bauern auf dem Feld und im Garten.

Die Mädchen hingegen erledigten Küchenarbeiten, Hausarbeiten, Wäschepflege, Nähen, Flickarbeiten und halfen im Dorfkindergarten.

Tornister bzw. Rucksack, Brotbeutel, Feldflasche, Trinkbecher, Musikinstrumente und Zeltbahn.

Ist Dir die Beschaffung der durchaus notwendigen Ausrüstung aus eigenen Mitteln nicht möglich, so empfiehlt es sich, die Unterstützung der NSV. bzw. des Fürsorgeamtes Deiner Heimatgemeinde anzurufen.

Eine HJ- bzw. BDM-Uniform, eine Arbeitskleidung und 1 Paar Arbeitsschuhe erhältst Du bei Eintritt in das Lager kostenlos. Der HJ-Dienstanzug wird Dir bei der Entlassung überlassen.

Bist Du Angehöriger der HJ, so mußt Du bei Deinem Fahnlein- oder Gefolgschaftsführer bzw. Deiner Gruppenführerin das Ruhen Deiner Mitgliedschaft beantragen. Der HJ-Beitrag ist Dir während der Dauer des Lagers erlassen. Du bekommst einen Urlaubsschein, der beim Lagerführer zu hinterlegen ist. Vom Berufsschulbesuch bist Du für die Zeit des Lagers gleichfalls befreit. Bist Du bereits Berufsschüler oder in einer Berufsschule angemeldet, so hast Du Dich vor der Fahrt ins Landjahrlager beim Schulleiter der Schule unter Vorlage des Einberufungsschreibens abzumelden.

Das ist das Wichtigste, was Du vom Landjahr wissen mußt. Einzelheiten erfährst Du beim Berufsberater des Arbeitsamtes. Gelegentlich berichten auch die Tageszeitungen über den Lagerbetrieb und über die Bedingungen des Landjahres.

Merkblatt für Landjahrteilnehmer

Quelle: Stadtarchiv Leipzig, Akte: SchuA 1501



Landjahrlager Emmershäuser Mühle

Quelle: Internet

Lager des Landjahres Winkelshütten

Quelle: Bundesarchiv, Bild 116-293-24

## Organisatorische Probleme in Leipzig

Trotz der in Sachsen ab 1937 eingeführten Landjahrspflicht erfolgten die Meldungen hier zunächst auf freiwilliger Basis. Diese sollten mit Werbung und Aufklärung durch die Schulen gefördert werden. Die Verantwortung dafür war den Schulleitern und Klassenlehrern übertragen worden, die ihre Arbeit jedoch offensichtlich nicht zur Zufriedenheit der Schulbehörden ausführten. Häufig absolvierten zu wenige Leipziger Jugendliche das Landjahr, da alle Schüler mit besseren Zensuren bereits eine Lehrstelle bekommen hatten. Ein weiteres Problem war, dass die Hitlerjugend (HJ) gute Schüler für den „Führernachwuchs“ beanspruchen wollte. Diese konnten dann in eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt aufgenommen werden. Das Erziehungsministerium und die HJ hatten also gegensätzliche Interessen, was zu vielen Komplikationen führte.



Stadt Leipzig

**BIP** Kreativitätsgymnasium  
Leipzig



# Der sterbende Schellfisch: Leipzig und die Luftangriffe von 1943/44

Als im Spätsommer 1940 der Bombenkrieg von Rotterdam, Warschau, Guernica und Coventry nach Deutschland zurückkehrte, rückte auch Leipzig ins Auge der englischen Luftwaffe. Die Messe-, Buchhandels-, Musik-, Universitäts- und Industriestadt war vor allem Eisenbahnknotenpunkt und beherbergte zahlreiche Rüstungsunternehmen. Außerdem zählte Leipzig zu den größten deutschen Städten. All diese Gegebenheiten führten zu Bombardements durch die Alliierten.

Der Oberbürgermeister der Reichsmessestadt Leipzig  
 Amt für Wehrmacht-, Wehrvertrags- und  
 Luftschutzangelegenheiten.

Anz. 10/15  
 Leipzig, am 1. 1943

Nr. 5023

**Betreuungskarte A für fliegergeschädigten Haushaltungsvorstand.**  
(Andere Personen, welche zurzeit des Luftschusses den Haushalt teilen, Ehefrau, Kinder, Verwandte, Besuch, Hausangestellte, erhalten je eine eigene Betreuungskarte B).

Ich, \_\_\_\_\_, geboren am \_\_\_\_\_  
 in \_\_\_\_\_, Beruf \_\_\_\_\_, Jude - ja - nein,  
 Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_, bisher wohnhaft \_\_\_\_\_  
 meine Ehefrau \_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_, Betr.-N. B. Nr. 20570  
 meine Kinder \_\_\_\_\_, " " " " " "  
 " " " " " "  
 meine anderen Haush.-Mitglieder \_\_\_\_\_, " " " " " "  
 " " " " " "  
 " " " " " "

haben beim Fliegerangriff am \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_ Personen-, Sach- oder Nutzungsschaden erlitten oder die Wohnung räumen müssen.  
(Nichtzutreffendes ist zu streichen)

Für die vorgenannten Haushaltsmitglieder habe ich je eine Betreuungskarte B erhalten.

Stempel und Unterschrift des Aufgangstellenleiters. \_\_\_\_\_ Unterschrift des Haushaltungsvorstandes.

Alle Behörden und Parteidienststellen werden gebeten, Fliegergeschädigte bevorzugt abzufertigen.

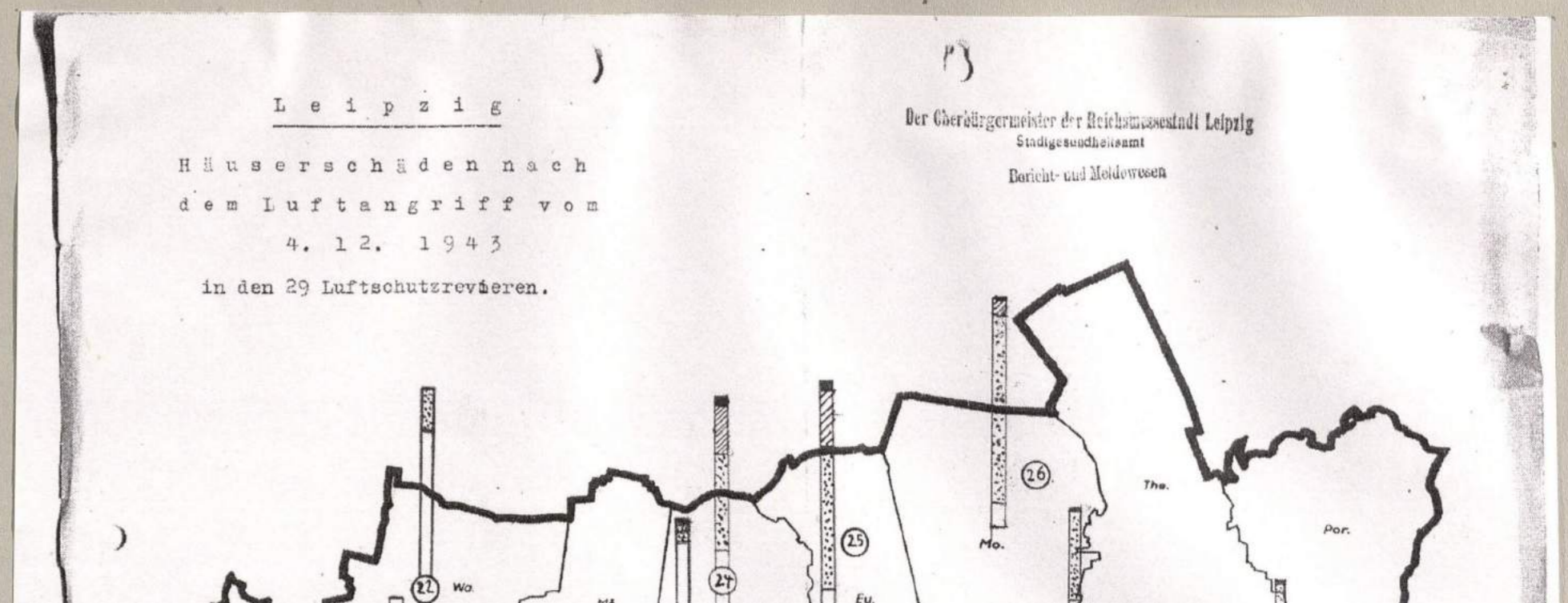
**Betreuungskarte für von Luftangriffen geschädigte Haushalte in Leipzig, um 1943**

Wenn bei einem Luftangriff ein Haushalt geschädigt wurde, so konnte man dies mit einer solchen Betreuungskarte melden. Die Stadt Leipzig hat sich so einen Überblick über zerstörte Häuser verschafft und versucht, den Betroffenen zu helfen. Zudem sieht man deutlich die Ausmaße des Antisemitismus („Jude: Ja/Nein“).

Stadtarchiv Leipzig, Gesundheitsamt 236

## 4. Dezember 1943

An diesem Tag erwartete man im Deutschen Reich einen weiteren Großangriff auf die Hauptstadt Berlin. Doch Arthur Harris, der Oberbefehlshaber über die Royal Air Force (RAF), verwarf seine alten Pläne und legte ein neues Angriffsziel fest. Der Einsatzbefehl änderte sich von Berlin auf „Haddock“ (zu dt. Schellfisch), was der Deckname für Leipzig als Ziel war. Darauf täuschte ein Störverband aus Mosquito-Mehrzweckbomben einen Großangriff auf Berlin vor, während die Masse der Kampfflugzeuge kurz vor Berlin in Richtung Süden, nach Leipzig einschwenkte. Zudem legte man erstmalig eine Angriffszeit von 4:00 Uhr fest, um die Einwohner zu überraschen. Der einstündige Luftangriff seitens Großbritanniens tötete fast 5000 Menschen, verwüstete die Innenstadt und zerstörte 37.000 Wohnungen. Innerhalb kürzester Zeit sorgten 527 Bomber mit 1382 t Bomben dafür, dass mehr als 50% aller Gebäude beschädigt wurden. 140.000 der bis dahin 600.000 Einwohner von Leipzig wurden obdachlos. Diese „Dezemberkatastrophe“ sollte später als größter Angriff auf die Stadt Leipzig in die Geschichtsbücher eingehen.





## Vorsorge

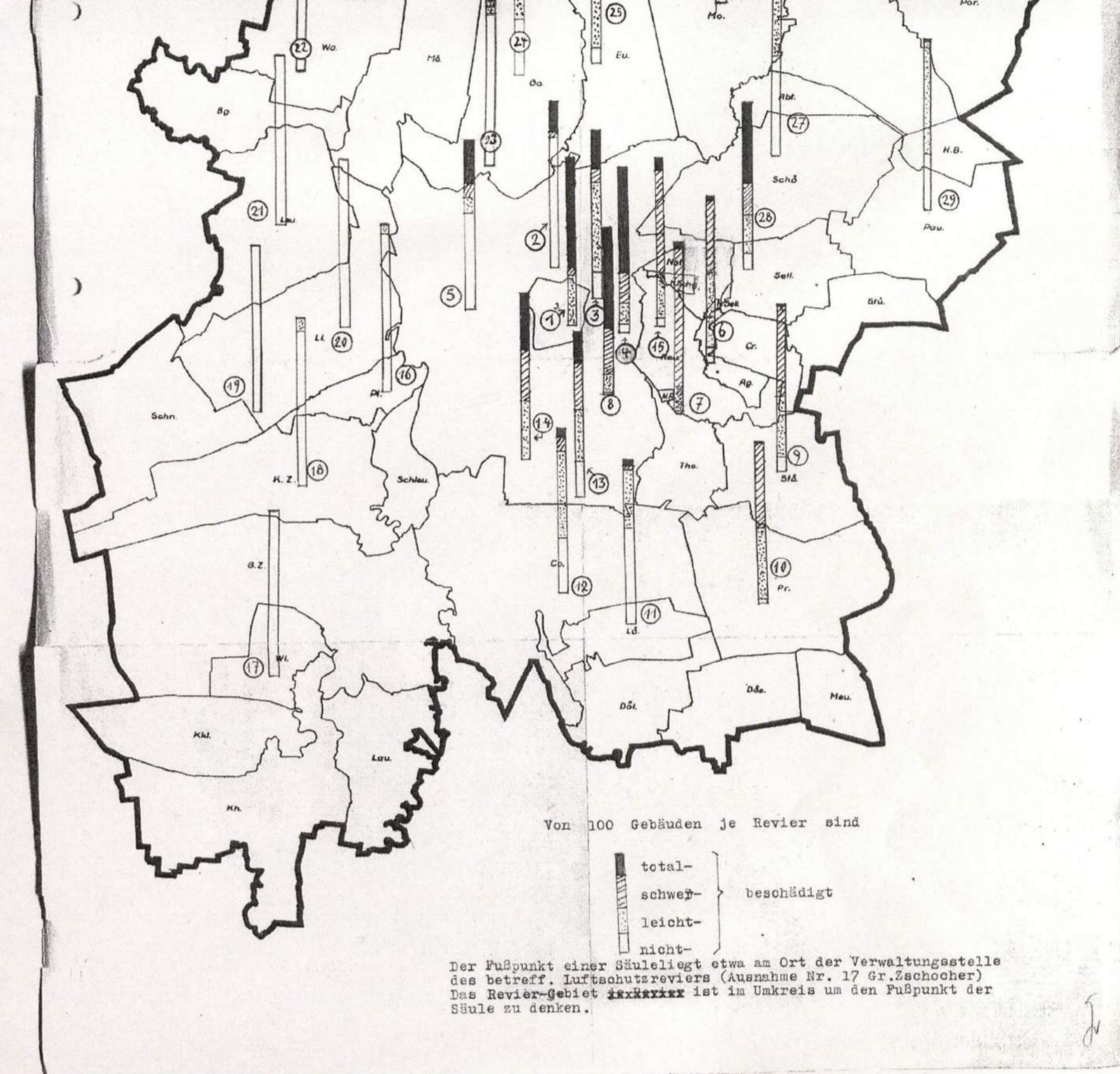
Bereits 1935 verabschiedete Deutschland ein Luftschutzgesetz, welches Bestimmungen für den Luftschutz im öffentlichen und privaten Leben beinhaltete. In und um Leipzig befanden sich Flak-Einheiten und Anlagen zur Vernebelung, um die Zielerfassung durch den Feind abzuwehren. Damit war die Stadt aktiv in das Reichsverteidigungssystem eingebunden. Örtlicher Luftschutzleiter in Leipzig war der Polizeipräsident. Ihm unterstanden Sicherheits- und Schutzdienst. Diese Glieder mussten perfekt zusammenspielen, damit Alarmierung und Benachrichtigung der Bevölkerung, öffentliche Luftschutzräume, der Kellerausbau in Privathäusern, die Schulung der Bevölkerung, aber auch die Bereitstellung von Löschwasser sowie die Brandbekämpfung und Schuttberäumung gewährleistet waren. Im ganzen Stadtgebiet wurden Luftschuttsirenen verbaut. Später startete die Fertigung von Löschwasserbehältern und Löschteichen. Durch Arbeitskräfte- und Materialmangel existierten nicht genug Behälter. Bei Fliegeralarm heulten die Sirenen auf und Hausbewohner mussten sich unverzüglich in umliegende Schutzräume begeben. In den Häusern waren Gasmasken und Löschsand zur Brandbekämpfung vorhanden. Außerdem gab es in Leipzig 46 Aufnahmestellen, welche Liegestätten

mit Ess- und Trinkgeschirr beherbergten. Zur medizinischen Versorgung sollten sich im Katastrophenfall Ärzte aus Chemnitz und Halle in Leipzig zusammenfinden. Geborgene Tote wurden sofort durch Polizisten gekennzeichnet. Wichtige Informationen wie Name, Geburt, Wohnung, Fundstelle, Ausweispapiere wurden notiert und Angehörige des Toten informiert. So starb keine Person unerkannt.

### Häuserschäden in den 29 Luftschutzrevieren um Leipzig 4. Dezember 1943

Die Karte zeigt den prozentualen Anteil der zerstörten Häuser in Leipzig und Umgebung nach dem Angriff am 4. Dezember 1943. Geplant war es, vor allem die Industriegebiete, die hauptsächlich in den Bezirken Schönefeld und Selberhausen lagen, zu bombardieren. Allerdings zeigt die Karte, dass dieses Vorhaben den Alliierten nicht gelang und stattdessen große Teile der Innenstadt getroffen wurden.

Stadtarchiv Leipzig, Gesundheitsamt 236



Ruine in Leipzig nach einem Angriff der amerikanischen Luftwaffe, 7. Juli 1944

Das Bild zeigt den Querbahnsteig des Leipziger Hauptbahnhofs nach dem er nach einem Luftangriff vom 7. Juli 1944 durch einige Volltreffer erhebliche Schäden erlitt. Die Bombe der Amerikaner schlug direkt in das Dach des Querbahnsteiges ein.

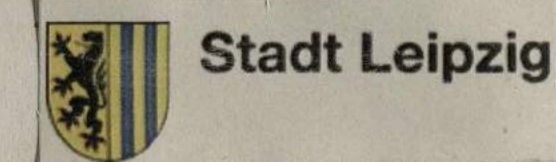
Quelle: Internet

## Folgen

Die Luftangriffe auf Leipzig hatten vor allem Folgen auf die bauliche Struktur und auf die Bewohner der Stadt. Nachdem die Dezemberkatastrophe überstanden war, zählte man ca. 1800 Tote. Für solch eine Katastrophe ist diese Zahl verhältnismäßig gering, wobei nahe liegt, dass sich der Großteil der Bewohner nicht an die Verordnungen für Schutzkeller hielt, diese verließ und flüchtete, um umliegende Brände zu löschen. Besonders das Stadtzentrum war von den Zerstörungen betroffen, so zum Beispiel das Alte und das Neue Theater, das Schiff der Johanniskirche sowie das Augusteum. Auch der Dachstuhl des Alten Rathauses brannte komplett aus. Leipzig glich einem Meer aus Feuer und Rauch. Insgesamt konnte man nach dem 4. Dezember rund 1067 Geschäftshäuser, 472 Fabriken, 9 Kirchen, 29 Messehäuser und einen Großteil der Institute der Universität Leipzig als zerstört betrachten. Desweiteren stellte sich heraus: „Der Terrorangriff vom 4. Dezember 1943 hat den Schulen Leipzigs schwere Schäden zugefügt. Von insgesamt 98 Schulgebäuden sind 17 zerstört (ausgebrannt), 49 beschädigt und 32 erhalten.“ Primär schienen Lehrer und Schüler von den Luftangriffen sichtlich geschäft. Rund ein Drittel aller Unterrichtsräume fiel aus, da sie von der Wehrmacht, der Polizei und dem Sicherheitsdienst als Ersatz für den ausgebombte Ämtern genutzt

wurde. Bei Fliegeralarm konnten nur so viele Schüler unterrichtet werden, wie die Kapazität der Schutzräume hergab. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Totenbergrung. Diese wurde durch die örtliche Wohlfahrtspolizei vollzogen. Jedem Luftschutzrevier ließ sich ein Begräbnisplatz zuweisen. Sogenannte Massengräber gab es auf dem Südfriedhof und auf dem Westfriedhof. Aufgrund dieser gab es viele Gerüchte, doch die Zeitungen hatten die Existenz der Massengräber dementiert. Probleme kamen besonders durch die Tatsache auf, dass die Bestattungskosten höher als das gesetzliche Sterbegeld waren. Hierbei war Leipzig auf weitere finanzielle Unterstützung angewiesen. Tote wurden durch die Polizei identifiziert, den Transport, die Leichenschau sowie die Überführung, führte das Friedhofsamt aus. Es konnten zusätzlich über das Arbeitsamt Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter als Helfer hinzugezogen werden. Aber auch bei grundlegenden Dingen wie bei der Trinkwasserversorgung gab es Schwierigkeiten. Viele Leitungen wurden durch Bombendetonationen zerstört und es herrschte Trinkwassermangel. Auf den ersten großen Luftangriff folgten weitere. Bei einem Nachtangriff der RAF wurden beispielsweise die Flugzeugwerke am Flughafen Mockau in Schutt und Asche gelegt. Diese Aktion wurde gezielt ausgeführt, um die Rüstungsproduktion aufzuhalten. Bis zum offiziellen Ende der Luftangriffe durch die Alliierten setzte

man flächendeckendes „Area Bombing“ ein, um die Bevölkerung gezielt unter Druck zu setzen. Am Ende kamen 38 Luftangriffe auf Leipzig mit 6000 Toten. Seelische Spätfolgen brachten die Angriffe kaum zu knapp mit sich. Hinzu kommen tausende Blindgänger, die noch heute als tickende Bomben unter unserer Stadt liegen. Die meisten werden nordöstlich des Zentrums vermutet.



**BIP** Kreativitätsgymnasium  
Leipzig